

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge mit der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage: Auer Sonntagsblatt.

Regelnummer: Die Auer-
zeitung ist eine monatliche
Zeitung für das Erzgebirge
mit der wöchentlichen Unter-
haltungsbeilage. Die Auer-
zeitung ist eine monatliche
Zeitung für das Erzgebirge
mit der wöchentlichen Unter-
haltungsbeilage.

Regelnummer: Die Auer-
zeitung ist eine monatliche
Zeitung für das Erzgebirge
mit der wöchentlichen Unter-
haltungsbeilage. Die Auer-
zeitung ist eine monatliche
Zeitung für das Erzgebirge
mit der wöchentlichen Unter-
haltungsbeilage.

Nr. 71

Donnerstag, den 27. März 1919

14. Jahrgang

Das Neueste vom Tage.

Ministerpräsident Scheidemann kündigte gestern in der Nationalversammlung eine Vorlage über Errichtung eines Staatsgerichtshofes an. Vor diesem wird sich General Ludendorff zu verantworten haben.

In der gestrigen Sitzung der preussischen Landesversammlung gab der Finanzminister bekannt, daß der preussische Staatshaushalt das noch nie dagewesene Defizit von 2400 Millionen zu verzeichnen habe. Der Zusammenbruch sei besonders katastrophal auf dem Gebiete der Eisenbahnfinanzen.

Die Entente hat es abgelehnt, die deutsche Forderung auf Einsetzung einer internationalen Untersuchungskommission über die Schuld am Kriege zu beantworten.

Nationalversammlung.

Weimar, 26. März.

Das Haus ist stark besetzt, die Ränge sind überfüllt. Vor Eintritt in die Tagesordnung erklärt

Ministerpräsident Scheidemann:

Täglich mehrten sich die Meldungen aus dem Ausland, in denen uns neue Erschwerungen in den zu erwartenden Friedensbedingungen angekündigt werden zu dem Zweck, uns nach und nach durch ihre Wiederholung an diese unerhörten Forderungen zu gewöhnen, damit uns die endgültigen Bedingungen fast zuträglich erscheinen. Durch ganz Deutschland geht ein Aufschrei nicht chauvinistischer Art, sondern ein Aufschrei aus tiefer Verzweiflung, ein Appell an die höchste Instanz, die es gibt, an das Gewissen der Menschheit. Zu Tausenden kommen die Proteste aus Provinzen, Städten und Dörfern. Sie wollen bei Deutschland bleiben, das ganze Martyrium eines besiegten Volkes mitleiden, nur weil sie sich nicht anders fühlen und nicht anders denken können denn als Deutsche. (Stürmischer Beifall.) Die Reichsregierung weiß, daß diese Treue das wertvollste Gut ist, das ihr zur Verwaltung anvertraut wurde. Die deutsche Republik, die nichts an Gegenwart, die nur Zukunft zu bieten hat, erleidet es, daß das Bekenntnis zur Schicksalsgemeinschaft aller Deutschen täglich lauter und inniger wird. Selbst wenn Deutschland aller Verblichenen, deren man es beziehtigt, wirklich schuldig wäre, hat es darum das heilige Recht verloren, gegen Vergewaltigungen und Fesseln zu protestieren, die ihm die Gurgel zudrücken würden? Was von uns jemals nach Ihrer (zu den Unabhängigen er wandt) Meinung an Vergewaltigungen beabsichtigt wurde, reicht auch nicht annähernd an das heran, was unsere Gegner uns gegenüber schon ausgeübt haben und noch ausühen wollen. Aber nicht nur die äußerste Linke schwächt unsere Stellung vor dem bittersten Ende. Am letzten Sonntag fanden in Berlin Versammlungen gegen die Abtrennung Westprelens, Danzigs und des Saargebietes statt. Aber was erfolgte? Es war für einen Teil des Publikums dieser Versammlungen schon bezeichnend, daß er die Ausführungen Erzbergers und Beusts mit lärmenden Kundgebungen unterbrach. Welche Kräfte hier am Werke politischer Sabotage waren, zeigt so recht der sogenannte Nationalbund deutscher Offiziere. Diese Herren brachten es fertig, Heil Die im Siegertranz zu singen und durch das Ausbringen von Kaiserhochs eine gemeinsame Sache des ganzen Volkes zu mißbrauchen. Wir lassen uns das Recht, großes Unrecht beim rechten Namen zu nennen, nicht nehmen, lassen aber ebenjowenig unseren Protest gegen Vergewaltigung zu chauvinistischen Treibereien unverfälscht. Das, was die Herren am Sonntag in Berlin getrieben haben, ist zwar nicht gewaltig, aber in seinen Wirkungen war es Landesverrat. Wir protestieren mit aller Entschiedenheit gegen diese Vorkommnisse vom Sonntag. Wir werden das Herausbeschreiben neuer außenpolitischer Gefahren durch eine Handvoll Reaktionskrieger uns nicht weiter gefallen lassen. Wir dulden nicht; Stillschweigen wäre hier Mischkaud. Die Unwissenheit des Generals Ludendorff bei diesen Vorgängen soll nicht leichten Strafen bestraft werden. Ludendorff hat bei seiner Abreise aus Schweden das Urteil eines Staatsgerichtshofes verlangt. Er soll es haben. (Stürmischer Beifall bei der Wärsheit des Hauses.) Im Namen der Reichsregierung habe ich zu erklären, daß wir schnellstens einen Beschluswurf zur Errichtung eines Staatsgerichtshofes im Hause einbringen werden.

Das Haus beschließt, bei der morgigen Beratung des Notetats Betrachtungen allgemeinpolitischer Art über die Rede Scheidemanns zuzulassen. Es folgt die Fortsetzung der Besprechung der Interpellation über

Mittelstand und Kleingewerbe.

Abg. Hermann (Dem.): Die Antwort des Wirtschaftsministers Wissell hat uns nicht befriedigt. Jetzt ist es nicht die Zeit, die Kleinbetriebe durch Großbetriebe zu erdrücken nur um der Theorie willen. Der Mittelstand wird auch im neuen Deutschland als kultureller Faktor und als Faktor des sozialen Ausgleiches eines der festen Fundamente des Staates bleiben. Bei der Arbeitsvergebung muß das Handwerk als eine besondere Sachgruppe berücksichtigt werden. Die

soziale Fürsorge muß sich auch auf die Selbständigen erstrecken. Wir fordern Unterstützung des Mittelstandes nicht nur von der Regierung, sondern auch von den wohlhabenden Schichten, die am besten dazu imstande sind. Abg. Dr. Hugo (Deutsche Volksp.): Meine politischen Freunde sind von den Erklärungen des Reichswirtschaftsministers nicht befriedigt. Mit dem Ausbau der staatlichen Zwangsorganisation muß schleuniger und ernsthafter begonnen werden. Wir lehnen es auf das entschiedenste ab, daß Staat und Gemeinde den kleinen Gewerbetreibenden etwa durch Kommunalisierung der Bäckereien und Fleischerereien, des Baugewerbes usw. Konkurrenz machen. Die weiterbreitete Arbeitslosigkeit geht zu einem großen Teil zurück auf die ungewöhnliche Ausgestaltung der Arbeitslosenfürsorge. Die Sozialisierung hemmt die Emporentwicklung der deutschen Wirtschaft. Kommissar des Reichswirtschaftsamtes Geheimrat Trendelenburg: Ueber die Frage der Einführung des Achtstundentages im Handwerk, schweben zurzeit Verhandlungen mit dem Arbeitsministerium, ebenso über die Kommunalisierung von kleinen Wirtschaftsgruppen. Abg. Wurm (Unabh.): Der Untergang des Mittelstandes ist eine durch keine wohlwollende und nicht einmal durch reaktionäre Maßregeln aufzuhaltende Tatsache. Helfen kann dem Mittelstand nur die Sozialisierung und Kommunalisierung, bei der alle Angestellten reichlich ihr Brot finden können. Abg. Eisenberger (Bahr. Bauernbund): Die Sozialisierung ist berechtigt beim Großbetrieb. Den Mittelstand und das Kleingewerbe kann man unmöglich sozialisieren. Ich hoffe, daß auch im neuen Deutschland der Mittelstand erhalten bleiben kann. Abg. Wiener (Deutschnat. Volksp.): Unsere Befürchtungen bleiben bestehen. Wir verlangen die Einrichtung eines besonderen Referates für Handwerk und Gewerbe beim Reichswirtschaftsamte.

Damit schließt die Besprechung. Eine Reihe von Wahlforderungen wird nach den Vorschlägen des Ausschusses erledigt. Die Vorlage auf Hinzutritt Württembergs zur Biersteuergemeinschaft wird in allen drei Besungen verabschiedet, ebenso die Vorlage über die Besteuerung der Reichsbank für 1918.

Nächste Sitzung Donnerstag; Notetat.

Ein neuer Brief Hindenburgs.

Berschiedene Presseäußerungen der letzten Tage, welche sich mit der Entziehung des deutschen Waffenstillstandsangebots beschäftigten, nötigen zur Veröffentlichung folgenden Briefes:

Berlin, 8. Oktober 1918.

An den Herrn Reichskanzler. Die Oberste Heeresleitung bleibt bei ihrer am Sonntag, den 29. September d. J., gestellten Forderung der sofortigen Herausgabe eines Friedensangebotes an unsere Feinde stehen. Infolge des Zusammenbruchs der Raketonischen Front, der dadurch notwendig gewordenen Schwächung unserer Westreserven und infolge der Unmöglichkeit, die in den Schlachten der letzten Tage eingetretenen sehr erheblichen Verluste zu ergänzen, besteht nach menschlichem Ermessen keine Aussicht mehr, dem Feinde den Frieden aufzutun. Der Gegner seinerseits führt ständig neue Frische Reserven in die Schlacht. Noch steht das deutsche Heer festgelegt und wehrt siegreich alle Angriffe ab. Die Lage verschärft sich aber täglich und kann die Oberste Heeresleitung zu schwerwiegenden Entschlüssen zwingen. Unter diesen Umständen ist es geboten, den Kampf abzubreaken, um dem deutschen Volke und seinen Verbündeten nutzlos Opfer zu ersparen. Jeder veräumte Tag kostet Tausenden von tapferen Soldaten das Leben.

(Ges.) von Hindenburg, Generalfeldmarschall.

Auf Grund dieses Sachverständigenurteils mußte jede ihrer Verantwortung sich bewußte Regierung im Interesse unseres blutenden Heeres das Waffenstillstandsangebot erlassen. Es stand jedoch von vornherein fest, daß nur das Wilsonsche Programm die Grundlage eines später abzuschließenden Friedens bilden konnte. Von dieser Grundlage ist bisher weder die Regierung des Prinzen Max, noch die Regierung der Revolution abgewichen.

Der Mittelfriede!

Einer Reuter-Meldung zufolge schreiben die Bononer „Times“, die Konferenz sei niemals von ihrem Entschluß, ihren Feinden den Frieden zu diktieren und dafür zu sorgen, daß diese die bittersten Bedingungen annehmen, abgewichen. Unter diesen Bedingungen müsse die Errichtung eines freien Polens mit einem gesicherten Zugang zur See enthalten sein. Es scheine den Deutschen, die aus dem Bolschewismus in Ungarn Befreiung für die Alliierten stießen wollten, nicht

zum Bewußtsein gekommen zu sein, daß dieses Ereignis die assoziierten Mächte mehr als irgend etwas anderes von dem Vorteil überzeugen würde, den man davon habe, wenn man Polen einen freien Zugang zur See in Danzig gebe.

Die Kriegsentwickelung.

Nach einem Bericht aus Paris wurde von der Friedenskonferenz über die weißen Punkte, außer über die Höhe der von Deutschland zu verlangenden Entschädigung, eine Einigung erzielt. Jenseitlich ist die ungarische Revolution und das Umsichgreifen des Bolschewismus zur Sprache gekommen.

Kritik gegen die polnischen Ansprüche.

Die Londoner „Daily News“ meldet: Die englische Arbeiterpartei erklärte sich gegen die Zuteilung von Danzig oder der rein deutschen Gebiete an den neuen Polenstaat. In der Sitzung der liberalen Unterhauspartei sprach Asquith gegen die polnischen Ansprüche auf Danzig und Westpreußen und kündigte die Opposition der Liberalen gegen einen Friedensvertrag dieser Art an.

Die Polen landen in Königsberg.

„Daily Mail“ zufolge wird die Alliiertenkommission die Landung der polnischen Division des Generals Galtier in Königsberg ins Auge fassen. (Es scheint also, daß die Entente die Landung in Danzig aufgegeben hat, was möglicherweise darauf hindeutet, daß die polnischen Ansprüche auf Danzig keinen Erfolg haben werden. D. Red.)

Die Schweiz gegen einen Gewaltfrieden.

Der Wiener „Neue Tag“ meldet aus Bern: Der Chef des politischen Departements Calonder ließ die Ententegeandten zu sich kommen und drückte seine lebhaften Bedenken gegen einen Gewaltfrieden aus. Ohne sich in fremde Angelegenheiten einzumischen, müsse er erklären, durch einen Gewaltfrieden könne auch die Schweiz bedroht werden. Alle Länder hätten ein gewisses Interesse daran, die Ausbreitung des Bolschewismus zu verhindern. Durch die Vergebung des Friedens würde die Gefahr des Bolschewismus für ganz Europa bedenklich erhöht.

Unsere militärischen Friedensbelegten.

Der militärischen Vertretung bei der deutschen Friedensgesandtschaft gehören nachstehende Offiziere des Generalstabes an: General v. Hammerstein, der bisherige militärische Vorsitzende der Waffenstillstandskommission in Spa, Major v. Bod, zuletzt erster Generalstabsoffizier bei der Heeresgruppe Deutscher Kronprinz, Oberstleutnant v. Zhländer vom bayerischen Generalstab, Major v. Böttcher vom sächsischen Generalstab und der württembergische Hauptmann Weyer. Die Leitung der militärischen Vertretung übernimmt Generalmajor von Friedberg vom preussischen Kriegsministerium.

Ein Briefwechsel zwischen Kaiser und Kronprinz.

Der Kaiser über seine Flucht nach Holland.

Die „Deutsche Zeitung“ bringt an der Spitze ihrer gestrigen Nummer einen Artikel über die Tragödie von Spa, wonach der Kaiser am 9. November an den Kronprinzen folgenden Brief schrieb:

„Mein lieber Junge!

Nachdem der Feldmarschall mir gemeldet hat, daß er meine Sicherheit im Hauptquartier nicht mehr gewährleisten könne, und daß auch die Truppen nicht mehr zuverlässig seien, habe ich mich nach schwerem inneren Kampf entschlossen, das zusammengebrochene Heer zu verlassen, und nach Holland zu gehen. Ich rate Dir, bis zum Abschluß des Waffenstillstandes auf Deinem Posten auszuharren. In Berlin bekämpfen sich unter Führung von Ebert und Liebknecht zwei Regierungen. Öffentlich auf Wiedersehen in besseren Zeiten.

Dein treuer tiefgebeugter Vater
Wilhelm.“

Der Kronprinz erließ daraufhin am 11. November eine Anfrage an den damaligen Reichskanzler Ebert, wie sich die Regierung zu seinem Wunsch stelle, auf seinem Posten zu bleiben, wie jeder andere Soldat seine Pflicht zu tun; er werde sein Heer in strenger Disziplin und Ordnung in die Heimat zurückführen. Auf seine Anfrage lief nachfolgend folgende Antwort ein: „Nach Vorschlag des Kriegsministers muß die Regierung die Anfrage des Kronprinzen in vernünftigem Sinne beantworten.“ Am gleichen Tage sandte der Kronprinz an Hindenburg